



Berlin, den 29.04.2022

Staatsminister Dr. Tobias Lindner

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Betreff: *Humanitarian Response Plan 2022* für Myanmar

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

unser Verein „German Solidarity with Myanmar Democracy e.V., gegründet nach dem Militärputsch in Myanmar am 01.02.2021, hat bereits mehrfach mit dem Auswärtigen Amt über die politische Lage im Land und die deutsche Antwort auf die Machtübernahme des myanmarischen Militärs korrespondiert. Ein wichtiger Schritt der Bundesregierung vor zwei Monaten war die Aufforderung an den myanmarischen Militärattachés, Brigadegeneral Aung Kyaw Moe, Deutschland zu verlassen.

Aber Myanmar's humanitäre Lage verlangt ebenso nach weiteren entschiedenen Maßnahmen. Entwicklungshelfer erleben eine beispiellose Notlage in dem Land, die Ernährung von 13 Millionen Menschen ist akut gefährdet. Über eine halbe Million Menschen wurden allein seit dem Putsch vertrieben und fristen nun überwiegend als Binnenflüchtlinge eine prekäre Existenz. Nicht umsonst stuft das International Rescue Committee in seiner *2022 Emergency Watchlist* Myanmar als eine der zehn gefährlichsten humanitären Krisen in 2022 ein, die die Welt nicht ignorieren kann.

Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) stellte im Januar 2022 fest:

„Die Armut ist auf einem Niveau, das seit 2005 nicht mehr erreicht wurde und fast die Hälfte der Bevölkerung kann sich nicht mehr ausreichend versorgen. Aufgrund steiler Preissteigerungen, kombiniert mit Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten, können sich viele Familien nicht mehr sich nicht mehr genügend Lebensmittel leisten und rutschen erstmals in zum ersten Mal in eine humanitäre Notlage. Mehr als 13 Millionen Menschen sind von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, und die Aussichten auf Unterernährung sind katastrophal, wenn wir nicht sofort eingreifen.“

Die Vereinten Nationen beziffern ihren *Humanitarian Response Plan 2022* daher mit über 740 Millionen Euro. Und selbst dieser Plan adressiert weniger als die Hälfte des analysierten Bedarfs und priorisiert 6,2 Millionen Menschen für die dringlichste Unterstützung.

Dennoch waren zum Ende des ersten Quartals von 2022 nur 5% dieses Planes durch internationale Geldgeber finanziert worden. Ohne eine internationale Geberkonferenz fehlt die nötige Aufmerksamkeit für die katastrophale Lage der myanmarischen Bevölkerung – gebeutelt von Pandemie, Wirtschaftskrise und offenem Bürgerkrieg.

Es ist erfreulich, aber bei weitem nicht ausreichend, dass die Bundesregierung dem Humanitarian Response Plan bereits € 2,5 Mio. zugesichert hat. Mit Deutschland als zweitgrößtem Geber

humanitärer Hilfe weltweit kann das Maßnahmenpaket der Vereinten Nationen nur mit entschiedener deutscher Unterstützung realisiert werden.

Myanmar stellt die größte humanitäre Krise in der strategisch zentralen Indopazifik-Region dar, der sich die Bundesregierung gerade nach den *Leitlinien zum Indo-Pazifik* von 2020 in besonderem Maße verpflichtet fühlt. Daher appellieren wir eindringlich an die Bundesregierung, ihre Unterstützung für den Humanitarian Response Plan der Vereinten Nationen in Myanmar deutlich aufzustocken und einen entschiedenen Beitrag dazu zu leisten, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen,



German Solidarity with Myanmar Democracy e.V.

i.A. Patrick Hoffmann